

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 247.

Montag, den 21. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Die 9. Kriegsanleihe
muß unsere Kraft
stärken.

Friedens-
bereit, dürfen wir nicht wehr-
los auf der Walfstatt stehen!



Ludendorff.

Das neue Polen.

In Warschau legt man sich gar keinen Zwang mehr auf. Die Gunst der Verhältnisse nach Kräften, bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit auszunutzen, erscheint als das einzige Gebot der Stunde. Wie, die man geleistet hat, werden mit echt slawischer Leichtfertigkeit gebrochen, Rücksichten, die man den noch im Lande vorhandenen Vertretern der Befugungsmächte schuldet, schände belächelt, die Grenzen, die vorläufig noch kein Wilson und kein Friedenskongress verändert hat, mit kühnem Satz überflogen — kurz, der echte Pole zeigt sich uns, wie wir ihn von früher her ganz gut kannten. Hat er sich, seit seiner Befreiung durch deutsche und österreichische Waffen, nützlich genug verhalten, als ein guter Nachbar, als umgänglicher Mensch und Politiker aufspielen müssen, so läßt er jetzt um so heftiger alle Masken fallen und zeigt uns sein hohes, leidenschaftsüberfülltes Antlitz, und seine Hand greift nach deutschem Besitz, nach deutschen Stammskizzen. Bei uns scheint man hier und da immer noch zu zweifeln, ob Sinnesänderungen vorliegen oder ob es den Polen wirklich ernst ist mit dem, was sie reden und was sie tun. Wir glauben, daß die volle Aufklärung gar nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Die Vorgänge in Warschau werden zurzeit nur noch dadurch etwas verbunkelt, daß die Parteien sich dort um die Machtstellung im Augenblick noch nicht einig sind. Der Regenthschaftsrat wird, weil er sein Dasein den beiden Mittelmächten verdankt und ihnen deshalb nicht mit völliger Gewissen- und Handlungsfreiheit gegenübersteht, von den radikalen Richtungen und Strömungen im Lande nicht anerkannt. Sie suchen statt dessen Unterstützung und Führung mit den polnischen Gruppen zu gewinnen, die sich seit Jahr und Tag in Paris als die allein echte und unabhängige nationale Vertretung des Polentums aufstellen haben. Diese Kreise stehen natürlich ganz und gar auf dem Boden der Entente und wollen das Schicksal ihres Landes ausschließlich deren Händen anvertrauen. An diesem Zweifelsfall ist bis jetzt die neue Rabinetsbildung in Warschau gescheitert. Der Regenthschaftsrat mühte abzuwarten, wenn ein wirkliches Konzentrationsministerium zustandekommen soll, und dazu scheint er sich einzuweisen noch nicht entschließen zu können. Aber gleichviel, wie dieser innere Parteienkampf entschieden wird, in der Forderung des vereinigten Königreiches sind sich alle Polen einig, und das geht uns Preußen-Deutsche in Fleisch und Blut. Ohne sich im geringsten zu genieren, trifft der Regenthschaftsrat auch bereits in aller Öffentlichkeit seine Vorbereitungen: er hat an die parlamentarischen Führer des preussischen Polentums Einladungen ergehen lassen, nach Warschau zu kommen, um mit ihnen über die weitere Durchführung seines Aktionsprogramms, das heißt also über die Loslösung von Polen und Westpreußen — vielleicht auch von Schlesien, das scheint noch nicht ganz festzustehen — zu beraten. Man nennt die Herren Dr. Seyda, Korsantia, Kulenski, Trampczynski, den Präsidenten Stojel — der bekannte „Priester des Hasses“ — und den Grafen Polowski. Ob die Herren dem Rufe gefolgt sind, weiß man nicht. Dieser oder jener von ihnen ist dazu erschienen, als Minister für Polen in das polnische Rabinett einzutreten, in ihrer Gesamtheit sollen sie aber wohl hauptsächlich darüber gebieten, wie man es anstellen könnte, in den polnischen Provinzen Preußens die Wahlen zum konstituierenden Landtag des Königreiches Polen vor sich gehen zu lassen. Der einfachste Weg bestünde wohl darin, die polnischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, und Deutschen Reichstags in die Warschauer Konstituante zu berufen. Aber den reinen Grundgedanken der Demokratie entspräche ein solches Verfahren doch gar zu wenig, abgesehen davon, ob die also Erlorenen, von denen die preussische Volksvertreter a. B. immerhin den Eid auf die preussische Verfassung geleistet haben, den ihnen angebotenen Landesverrat so ohne weiteres auf sich nehmen würden. Aber jedenfalls: man unterhandelt zwischen Warschau und Berlin schon ganz frei und offen, und es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis der Regenthschaftsrat schlankweg über deutsches Staatsgebiet verfügen wird. Wir sollen dann vielleicht noch darüber froh sein, daß er nicht auch die polnischen Siedlungen in Rheinland-Westfalen dem neuen Polenreich einverleibt und darin einen vollständigen Beweis für seinen aufrichtigen Willen erblickt, mit uns in — Frieden und Freundschaft zu leben. Das mag protest klingen, bleibt aber hinter dem wirklichen Stande der Dinge gar nicht weit zurück.

Angesichts dieser Vorgänge fragt sich natürlich jeder gute Deutsche: und unsere Regierung, wo bleibt sie und was tut sie? Einwillen wird über den Abbau des

Staatsoberbau in Polen verhandelt, zugleich auch über die Beibehaltung der Okkupation, deren die polnischen Machthaber noch zu bedürfen glauben, weil einige am bolschewistischen Muster geschulte Landbesitzer sich vorbereiten, zu geeigneter Stunde das Erbe des Bürgerkriegs anzutreten. Im übrigen aber wird die preussische Regierung kaum dem Streite weiter untätig zusehen. Noch sind wir nicht so weit, daß der durch uns geschaffene Polenstaat sich nach Gefallen aus unserm Gebiet zur Abrundung seines Besitztandes nach Gefallen bedienen könnte. Und die Rechte Deutschlands sind wie seine Würde und Ehre auch bei der Volksregierung so gut verwahrt wie bei allen vorhergehenden.

Hüben und drüben.

Unsere Feinde wollen den Frieden diktieren.

Berlin, 19. Oktober.

Immer weitere Kreise des deutschen Volkes werden inne, daß unsere Feinde weit davon entfernt sind, sich auf den Boden des Rechtsfriedens zu stellen, den Wilsons Note vom 27. September als für die Welt notwendig bezeichnet hat. Und das Echo dieses Begriffs sind Aufrufe an das Volk, sich Treuegebühren besonders aus den Grenzmarken an den Ranzler. Darüber hinaus aber geht ein Rausen durch das ganze Volk: Auf, auf zum letzten Widerstand.

Vergebliche Mühe?

Genf, 19. Oktober.

In einer aus Washington übermittelten halbamtlichen Meldung der französischen Zeitungen vom 17. Oktober wird wörtlich mitgeteilt:

In der Umgebung des Präsidenten Wilson erwartet man, daß Deutschland eine weitere Note senden werde, zu dem Zwecke, die Aussprache über den Frieden fortzusetzen. Wenn das zutrifft, so darf man sicher sein, daß Deutschland sich unbedingterweise demitt hat.

Die französischen Blätter wollen also nochmals feststellen, daß schon die letzte Note Wilsons als Ablehnung aufzufassen war, und daß Wilson auf eine weitere Note Deutschlands kurz erklären wird, er wolle überhaupt nicht verhandeln. Ob Wilson wirklich auf diesen Standpunkt Clemenceaus und Lloyd George steht, werden wir bald erfahren.

Das Berner „Intelligenzblatt“ erzählt im Gegensatz zu der französischen Meldung aus Washington: In politischen Kreisen spricht man offen davon, daß mit der Note Lansing vom 15. Oktober in Deutschland die Verhandlungen zwischen der feindlichen Mächtekoalition tatsächlich begonnen haben. Man legt diesem Umstand eine ganz besondere Bedeutung bei. Die rückhaltlose Annahme der 14 Punkte Wilsons durch Deutschland habe entgegen den anderslautenden Pressestimmen im Weissen Hause Eindruck gemacht und dem Präsidenten zum erstenmal seit Kriegsbeginn die unmittelbare Aussprache mit Deutschland ermöglicht. Es scheint nun in der Tat, daß Wilson geneigt sei, die Aussprache mit Deutschland weiterzuführen.

Wie der Friede aussehen soll.

Die englische Presse, die anfangs sich kühl zeigte, befindet sich jetzt gleich der französischen in einem Rausch der Eroberungslust. Die Londoner „Times“ widmet mehrere Spalten den Aufzählungen hervorragender Persönlichkeiten, die sich gegen jeden Waffenstillstand aussprechen und eine Unterwerfung Deutschlands auf Gnade und Ungnade fordern. Bezeichnend hierfür sind die Ausführungen Lord Blandford, der die Herausgabe Elsas, Lothringens, Belgolands und des Rieker Kanals fordert. Die Geldentschädigungen müssen die Rückerstattung aller Kontributionen der vier Kriegsjahre umfassen und jede Beschädigung, jede Verwundung und jede Schwächung der Produktionsfähigkeit des Bodens müsse gutgemacht werden. Diese finanziellen Vergütungen sollen sich nicht nur auf Belgien und Frankreich, sondern auch auf die Balkanstaaten beziehen. Von der versenkten Tonnage müßte selbstverständlich Tonne für Tonne ersetzt werden. Außer diesen finanziellen Entschädigungen käme noch eine allgemeine Kriegsentchädigung hinzu für sämtliche Verluste der Entente. Schließlich müßte noch ein Gerichtshof eingesetzt werden, um alle Schuldigen Deutschlands persönlich zu bestrafen. Lord Blandford betont, daß bis zur vollen Leistung sämtlicher Entschädigungen Wien und Berlin und noch eine Anzahl näher zu bezeichnender Städte besetzt bleiben müßten.

Wilson's Antwort an Oesterreich-Ungarn.

Haag, 20. Okt. Aus Washington wird gekabelt: Der Minister des Staatsdepartements Robert Lansing hat dem schwebischen Gesandten in Washington folgende Note am 16. ds. Mts. zugestellt:

Mein Herr! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. ds. Mts. zu bestätigen, in der Sie eine Mitteilung der Kaiserlichen und Königl. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übergeben. Der Präsident hat mich beauftragt, Sie zu bitten, durch Ihre Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung folgende Antwort zu übermitteln:

Der Präsident fühlt sich verpflichtet, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er auf die jetzigen Vorschläge der Regierung nicht eingehen kann infolge gewisser Ereignisse von äußerster Wichtigkeit, die seit seiner Botschaft vom 8. Januar eingetreten sind und die notwendigerweise

die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten geändert haben. Unter den 14 Friedenspunkten, die der Präsident zu jener Zeit formuliert hat, befand sich auch folgender: „Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gesichert und geschützt zu sehen wünschen, sollte die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung, die sich bietet, gegeben werden.“

Seitdem dieser Satz geschrieben und dem Kongress der Vereinigten Staaten vorgelegt wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen Tschecho-Slowaken einerseits und den Kaiserlichen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits besteht, und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto kriegsführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Ebenso hat sie in weitestgehender Weise die Gerechtigkeit der nationalen Bestrebungen der Jugoslawen für ihre Freiheit anerkannt.

Präsident Wilson verfügt daher nicht länger über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völker als Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist verpflichtet darauf zu dringen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die nächste Reichstags-Sitzung am Dienstag um 2 Uhr wird sich nicht mit der politischen und militärischen Lage beschäftigen. Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen wird die Abänderung des § 21 der Reichsverfassung, die Abänderung des § 11 der Reichsverfassung (Mitbestimmungsrecht des Reichstages über Krieg und Frieden) und der Gesetzentwurf betr. die Übergangsverfassung beraten werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sitzung bis zum Ende der Woche dauern.

Die Selbständigkeit des bayerischen Wirtschaftslebens mit besonderer Rücksicht auf die Demobilisation wird in Anträgen gefordert, die von der Zentrumsfraktion, wie von liberaler und sozialdemokratischer Seite in der bayerischen Abgeordnetenkammer eingebracht worden sind. Die Verwaltung des bayerischen Heeres sei mit eigener militärischer Hoheit wieder in Geltung zu setzen und somit vom preussischen Kriegsministerium loszulösen. Ferner sei ein rascher Abbau der Zentralisation des Wirtschaftslebens anzustreben und insbesondere der beschleunigte Abbau der Kriegsgesellschaften hinzuzusetzen. Weitere Anträge betreffen die Preissteigerungen und die Arbeitslosenfürsorge, die Volksernährung, die Wohnungsnot, die Notlage des Handwerks und die Erfassung der Kriegsgewinne.

Oesterreich-Ungarn.

Die Neuordnung in Oesterreich stößt doch auf weit größere Schwierigkeiten, als man in manchen Kreisen anfangs annahm. Ganz zufrieden ist mit dem kaiserlichen Erlass wohl keine Nationalität. Die Tschechen wollen die ungarischen Slowaken in die Regelung einbezogen wissen, die rumänischen und ukrainischen Abgeordneten verhalten sich ebenfalls ablehnend, und die Deutschen scheinen alles der am Montag zusammentretenden Nationalversammlung überlassen zu wollen. Interessant ist dabei die Haltung der Washingtoner Regierung. Sie will an Oesterreich keine Antwort gelangen lassen, ehe nicht alle Nationalitäten dem Vorschlag des Kaisers zugestimmt haben und ehe nicht Deutschland auf Wilsons Note endgültig geantwortet hat. Die Tschechen wiederum scheinen ihre endgültige Entschädigung von der Antwort Wilsons abhängig machen zu wollen.

Bemerkenswerte Äußerungen tat Graf Tisza in einer Rede im ungarischen Abgeordnetenhaus über die deutsch-ungarischen Beziehungen. Nachdem er dargelegt hatte, daß der Krieg für die Mittelmächte verloren sei, weil sie ihn nicht infolge einer starken Kräfteverchiebung gewinnen können, betonte er, Ungarn sei es seinem guten Rufe schuldig, daß die aus den Verhältnissen sich ergebende Neuorientierung der auswärtigen Politik nichts in sich begreifen kann, was als Treulosigkeit gegen den deutschen Bundesgenossen gedeutet werden könnte. Der Redner sprach seine Überzeugung aus, daß auch bei dieser Neuorientierung der Völker Ungarn sich bei zahlreichen gemeinsamen Punkten mit dem deutschen Bundesgenossen zusammenfinden werde.

Ukraine.

Der innere Ausbau des neuen Staatswesens soll jetzt nach einem Bericht des Hetmans Skoropadski von dem Ministerpräsidenten Logosub unverzüglich in Angriff genommen werden. Zunächst ist die Schaffung einer Volksvertretung beabsichtigt. In gleicher Zeit soll der Ausbau der Wehrmacht mit allem Nachdruck durchgeführt werden. Der Hetman plant vor Beginn der Reform eine Umbildung des Ministeriums auf breiter Grundlage.

Holland.

Das amerikanische Angebot von Steinkohlen und Getreide hat in Holland wegen der daran geknüpften Bedingung starken Unwillen hervorgerufen. Die Washingtoner Regierung verlangt nämlich die Einstellung

der Ausfuhr nach Deutschland. Die Blätter erklären, das laufe auf eine Verletzung der Neutralität hinaus. Das Angebot habe etwas Erniedrigendes, da darin die Summierung gestellt werde, daß Holland sich heute, wo es Deutschland weniger gut gehe, an dem Hungerkrieg der Entente gegen Deutschland beteiligen solle. Indes werde die Stellung Hollands durch das amerikanische Angebot für die Verhandlungen mit Deutschland gestärkt.

Bulgarien.

Bei der Wiedereröffnung der Tobranje wurde von einem Abgeordneten darauf hingewiesen, daß im Ausland über die Ereignisse in Bulgarien, die zum Waffenstillstand und zum Sonderfrieden geführt hätten, die widersprechendsten Gerüchte verbreitet seien. Er fragte die Regierung, ob sie über diese Dinge nicht ein diplomatisches Buch veröffentlichen wolle. Ministerpräsident Ralnikow erklärte, die Urteile seien grundverschieden, je nach dem Standpunkte, von dem aus sie gefällt würden. Im Augenblick könne er der Veröffentlichung eines diplomatischen Buches nicht zustimmen. Der Tag sei nicht fern, wo eine solche Veröffentlichung möglich sei. Zum Schluß sagte Ralnikow, er hoffe, daß er in absehbarer Zeit die diplomatischen Beziehungen mit den ehemaligen Gegnern wieder aufnehmen könne.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 19. Okt. Mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage erscheint es zweifelhaft, ob das preussische Abgeordnetenhaus am 22. Oktober mit seinen Beratungen beginnen wird.

Berlin, 19. Okt. Wie die „Südd. Corr.“ erzählt, bereiten die preussischen Landtagsparteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten eine gemeinsame Erklärung im Plenum des Abgeordnetenhauses vor, die die Unteilbarkeit der östlichen Provinzen Preussens in feierlicher Form verkünden soll.

Frankfurt a. M., 19. Okt. Nach Angabe des russischen Finanzsekretärs beläuft sich die Summe der französischen Kapitalien in Russland auf 80 Milliarden Franken, d. h. ein Drittel des französischen Volkvermögens.

Wien, 19. Okt. Die polnische Partei der nationalen Arbeiter, der auch das Reichstagsmitglied Fürst Ferd. Radziwill angehört, hat ihre Auflösung beschlossen.

Wien, 19. Okt. In seiner Antrittsrede gegen den Grafen Burian sagte der Abg. Wastrow u. a. noch: Beim Grafen Burian traten alle anderen Schwierigkeiten und Folgen zurück vor der fixen Idee, daß unser Kaiser König von Polen werden könnte, gleichgültig, ob dabei ein Stück von Österreich und ein Stück des preussischen Bundesgenossen flöten geht. — Schließlich warf Wastrow dem Grafen Burian vor, das Verhältnis zu Deutschland verbittert zu haben.

Budapest, 19. Okt. In einem Ministerrat wurde beschlossen, daß Ungarn auf der Friedenskonferenz bereits als selbständiger Staat mit eigenen Vertretern erscheinen werde, um allen Angriffen auf die Unverletzlichkeit seines Gebietes nachdrücklich entgegenzutreten zu können.

Genf, 19. Okt. Ein Radiotelegramm aus Jaroslaw meldet laut Daxos, daß der frühere Oberbefehlshaber der russischen Armee, Großfürst Nikolai in der Nacht vom 18. Oktober hingerichtet worden ist.

Moskau, 19. Okt. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß die Engländer den Abzug aus Archangelsk vorbereiten.

Sofia, 19. Okt. In Bulgarien wurde eine umfangreiche bolschewistische Verschwörung aufgedeckt. Viele sadunae Bauernabgeordnete wurden verhaftet.

Der Krieg.

(Militär. W. L. V.)

Großes Hauptquartier, den 20. Oktober 1918.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern haben wir in Fortführung der am 18. 10. gemeldeten Bewegungen Brügge, Thiel und Kortrijk gerammt und neue Stellungen bezogen. Vor diesen fanden lebhafteste Vorfeldkämpfe statt. Am Abend stand der Feind südlich vor Sluis an der belgisch-holländischen Grenze, westlich von Waldegem-Ursel, bei Poete und Warlegem. Nordöstlich von Kortrijk stieß er mit Teilen über die Yser vor. Südlich von Kortrijk hat er die Straße Kortrijk—Tournai erreicht und war beiderseits von Douai bis östlich der Linie Orchies—Marchiennes gesiegt.

An der Schlachtfeldfront zwischen Le Cateau und der Dife trat gestern eine Kampfpause ein. In unseren neuen Linien am Cambre—Dise-Kanal und an der Dife stehen wir in Gefechtsstellung mit dem Gegner.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

26. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Solange sie nicht Veranlassung zu haben glauben, lasse ich das gelten. Aber nur solange. Das ist der einzige Vorteil, wenn man einander nicht liebt. Man bleibt von Eifersucht verschont,“ sagte sie leicht hin.

Graf Rainer lenkte das Gespräch auf ein anderes Thema.

„Ich bin doch neugierig, was die Baronin Rittberg zu meiner Verlobung sagt. Sicher wird sie einen originellen Glückwunsch vom Stapel lassen.“

„Vielleicht bekommt sie noch nachträglich den Kopf gewaschen, daß du dich nicht schon längst vermählt hast. Sie sagte mir, als sie lebhafte hier war, daß sie dir ins Gewissen reden wollte,“ erwiderte die Gräfin lächelnd.

Und dabei mußte sie denken, wie hoffnungsvoll sie noch in die Zukunft gesehen hatte, als sie das letzte Mal mit der Baronin gesprochen hatte. Das Herz trampelte sich ihr in welchem Weh zusammen.

„Ach, wenn sie doch nur eine Ahnung gehabt hätte, daß Graf Rainer Freiersgedanken gehabt hatte! Wie ganz anders hätte sie dann ihre Zeit genützt! Und dann wäre vielleicht alles anders gekommen, ganz anders. So aber war diese plötzliche Verlobung wie ein Verhängnis über sie hereingebrochen.“

Die Baronin Rittberg hatte die Verlobungsanzeige des Grafen Rainer zuhause vorgelesen, als sie von Hamburg heimgekommen war. Die lebhafteste Dame hatte sich mit einem Ruck in den Sessel fallen lassen.

„Nun bist du doch — da hätte man doch schonungsvoll vorbereitet werden müssen! Da kann man ja vor Schrecken die Sprache verlieren!“ sagte sie zu ihrem Gemahl, der ihr die Karte übergeben hatte.

Baron Rittberg, ein hünenhafter, ziemlich beleibter Herr, mit einer riesigen Nase und einem runden

Der Serre- und Souche-Abschnitt war tagsüber das Ziel starker feindlicher Angriffe. Der nordöstlich von La Fere auf dem nördlichen Serre-Ufer zum Angriff vordringende Feind wurde im Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Ebenso scheiterten südlich von Crech mit starken Kräften geführte Angriffe im Gegenstoß sächsischer Bataillone. An der Straße Laon—Marle jagte der Gegner in kleinen Teilen unserer Stellung Fuß. Beiderseits der Souche-Niederung wurde er nach heftigem Kampf abgewiesen. Auch auf dem Nordufer der Aisne griff der Feind nach starker Artillerievorbereitung an und drängte nordöstlich von St. Germainmont unsere Vorposten etwas zurück.

An der Aisnefront zwischen Attigny und Oigny nimmt die Gefechtsintensität des Gegners zu. Beiderseits von Souziers setzte er sich bei erneuten Angriffen auf den Höhen am östlichen Aisne-Ufer fest. Der Kommandeur der 199. Infanterie-Division, Generalleutnant von Puttkammer, brachte durch persönliches Eingreifen den feindlichen Angriff auf den Höhen östlich von Barby zum Stehen. Zwischen Oigny und Grandpre wiesen lothringische, schleswig-holsteinische Regimenter und Jäger-Bataillone erneute heftige Angriffe des Gegners vor ihren Linien ab.

Auf beiden Maasufnern blieb die Gefechtsintensität auch gestern auf Störungsstufe beschränkt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Am Bukowit nordwestlich von Aleksinac wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Jajecar im Timok-Tale wurde vom Gegner besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Immerfort

Was kann Deutschland tun?

Oberst Egli schreibt in den „Basler Nachrichten“: Vorläufig leistet das deutsche Heer immer noch kräftiger Widerstand und immer noch hält die deutsche Front fest zusammen. Es lassen sich für die Weiterentwicklung der Dinge auf deutscher Seite drei Möglichkeiten denken: 1. Die deutsche Widerstandskraft nähert sich tatsächlich ihrem Ende, und der völlige Zusammenbruch Deutschlands ist in kurzer Zeit zu erwarten; 2. das deutsche Heer ist noch imstande und das deutsche Volk ist gewillt, den Kampf verteidigungsweise entweder in den jetzigen Stellungen oder weiter rückwärts solange fortzusetzen, bis die Verbündeten leichtere Friedensbedingungen stellen oder ein Ende mit Schrecken kommt und 3. die Kampfkraft des deutschen Heeres gestattet nicht nur eine weitere Abwehr der Verbündeten in der jetzigen oder einer verkürzten Aufstellung sondern auch noch die Durchführung einzelner taktischer Offensiven. Der Ruf, der aus dem Lager der Alliierten tönt, nach einem Nachfeldzug, anstatt zu einem Verständigungsfrieden, ohne Zusage irgendwelcher Behandlung, braucht von den Deutschen noch nicht gefürchtet zu werden. Es muß angenommen werden, daß die Deutschen wenn sie auch zu entscheidenden Siegen nicht mehr imstande sind, doch noch einen langen und zähen Widerstand werden leisten können. Dazu braucht es allerdings des festen Willens des ganzen Landes, alles zu opfern, nur die Ehre nicht. Vor diesem Entschluß stehen heute die Vertreter des deutschen Volkes.

Die nordfranzösischen Flüchtlinge.

Wie die holländische Regierung in der Zweiten Kammer erklärte, hat sie umfassende Maßnahmen ergriffen für Kleidung, Ernährung und hygienische Versorgung der Flüchtlinge aus Nordfrankreich. Am 17. Oktober waren nach zuverlässigen Angaben 160 000 Flüchtlinge nach Holland unterwegs und ungefähr 80 Kilometer von der holländischen Grenze entfernt. Nur die Schwachen und Kranken werden auf Wagen befördert, die anderen

müssen zu Fuß gehen. Sofort nach Passieren der holländischen Grenze werden die Flüchtlinge von Soldaten in Empfang genommen und untersucht. Gesunde werden sofort durchgelassen. Sie werden nach kleinen Ortschaften in der Provinz Brabant, Limburg usw. befördert. Man hält sie außerhalb der Stadt, weil man ihnen einen ruhigen Aufenthalt verschaffen und die Stadt vor Überfüllung schützen will. Kranke und Krankheitsverdächtige werden besonders sorgfältig behandelt. Man hat für sie besondere Einrichtungen getroffen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 19. Okt. Der Funkpruch Carnapen erklärt, daß ein Zusammenbruch der militärischen Kräfte des Feindes in der Westfront noch nicht sichtbar ist.

München, 19. Okt. Das Gerücht, die bayerische Regierung habe ein Sonderfriedensangebot erhalten, ist völlig unbegründet.

Osag, 19. Okt. Das Londoner auswärtige Amt teilt mit, daß das Gerücht, wonach die englische Regierung mit österreichischen Staatsmännern in der Schweiz oder einem anderen Lande in Fühlung gewesen sei, unwahr ist.

Moskau, 19. Okt. Zeitungsmeldungen zufolge ist es den gemeinsamen Operationen der Donkosaken der freiwilligen Armee und der Abteilung Blitschachow gelungen, die Bolschewiki im Nordkaukasus einzuschließen und ihnen den Rückzug nach Astrachan und Sarazin abzuschneiden.

Vom Tage.

Der bulgarische Ministerpräsident Ralnikow gibt sich die denkbar größte Mühe, sich vor der Entente „herauszuwachen“, um wieder für „biederlich“ erklärt zu werden. Einem französischen Zeitungsmanne gegenüber erklärte er: „Wir sind überzeugt, daß die Entente die Lage in dem Bulgarien von 1915, das den Beschluß faßte, sich den Mittelmächten anzuschließen, verstehen wird. Die Entente wird uns sicher entschuldigen, zumal da wir jetzt Gelegenheit haben, der Politik zu folgen, die stets die des bulgarischen Volkes gewesen ist.“ Der sehr ehrenwerte Herr Ralnikow sollte wissen, daß man den Verrat nicht, den Verräter aber noch immer für ein verächtliches Subjekt gehalten hat — wahrscheinlich sogar in Ententezeiten!

Amsterdam, 20. Oktober. Ein im Haag aufgefangenes drahtloses Telegramm besagt: „An alle Heeresgruppen der Westfront. Ich verweise nochmals auf die durch mich und den Generalquartiermeister wiederholt gegebenen Befehle, daß bei der Räumung besetzten Gebietes lediglich militärische Zerstörungen ausgeführt werden dürfen, die durch die Kriegshandlungen notwendig sind. Hindenburg.“

Osag, 20. Oktober. Von der holländischen Grenze kommen immer neue Nachrichten über das Eintreffen von Flüchtlingen. Noch sind sie aber nicht in großen Massen angekommen. Alle Maßnahmen sind für die in den nächsten Tagen erwartete Ankunft der Flüchtlinge getroffen.

Rotterdam, 20. Oktober. Wie hiesige Blätter aus London melden, vertritt die englische Presse den Standpunkt, daß das Manifest des Kaisers von Österreich zu spät komme. Die „Times“ weisen darauf hin, daß das Programm, das die Alliierten über Polen, Böhmen, Südslawen, Rumänien und Italien aufgestellt haben, mit dem Bestehen der habsburgischen Dynastie unvereinbar wäre.

Wien, 20. Oktober. Die ungarische Regierung wird dem Parlament in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf mit neuen Paragraphen über die Personal-Union in Österreich vorlegen. Die Regierungsvorlage sieht eine sofortige Errichtung einer eigenen auswärtigen Vertretung vor; außerdem ist die wirtschaftliche Trennung von Österreich für Ende 1920 geplant. Ministerpräsident Wekerle erklärte im Finanzausschuß, man werde auf die Abrüstung bei Aufstellung eines selbständigen ungarischen Heeres Rücksicht nehmen.

Radoslawow in Berlin eingetroffen.

Berlin, 19. Okt. Heute früh ist der frühere bulgarische Ministerpräsident Radoslawow, der Vorgänger Ralnikows, in Berlin eingetroffen.

Innerstaatliche Veränderungen in Sachsen.

Dresden, 19. Okt. Dem Kronrat, der am Donnerstag stattgefunden hat, wird in allen Kreisen Dresdens besonders große Bedeutung beigemessen. Nach der Bildung eines Dresdener Rates bereiten sich bedeutsame Änderungen in der Organisation und in den Personalverhältnissen vor.

Sieh mal, ich hatte mich doch so sehr darauf gefreut, Graf Rainer und Gräfin Gerlinde, das wäre ein Paar nach meinem Herzen gewesen. Da hätte man doch ein Labfal für seine schönheitsdürstigen Augen gehabt.“

„Welche was, Vissetchen? — Sieh mich an, dann hast du auch ein solches Labfal. Und im übrigen warte doch erst mal ab, ob die Braut des Grafen Rainer nicht mindestens ebenso schön ist, wie deine Gräfin Gerlinde.“

„Meine Gräfin Gerlinde? Na ja, sie ist doch nun mal die entzückendste Frau, die ich kenne.“

„Hm! Na ja, Vissetchen, sozusagen als Bild betrachtet — einverstanden. Da ist ja die Gräfin entzückend. Aber an der Wand muß sie hängen bleiben.“

„Aber, Dietl — du bist ein Ungeheuer!“

Der Baron lachte gemächlich.

„Nege dich bloß nicht auf, Vissetchen — ich meine ja nur — als Bild betrachtet soll sie hängen bleiben, daß man sie bloß aus respektvoller Entfernung genießen kann. Aber so vom rein menschlichen Standpunkt — nee, nee, Vissetchen, da hätte mir Graf Rainer leid getan. Diese beiden Menschen hätten im Leben nicht zusammen gepaßt. Die Gräfin hat zu wenig Herz. Vissetchen, sie ist kalt und feurig zugleich. Das ist eine verfluchte Mischung, wenigstens für einen Ehemann. Mal sitzt er im Fegefeuer, mal unter der kalten Dusche. Wer hält denn so was auf die Dauer aus? Denkst du, Graf Radoslawow hat in seiner Ehe was zu lachen gehabt? I wo! Das weiß ich besser. Und du kannst Graf Rainer von Herzen gratulieren, daß er dir deinen schönen Traum nicht erfüllt hat. Du hast den Brautkerl doch ins Herz geschlossen. Na, brauchst nicht rot zu werden, ich bin nicht eifersüchtig.“

Die Baronin lachte.

„Dietl, schwach doch nicht solche Dummheiten, wir haben doch zwei erwachsene Söhne.“

(Fortsetzung folgt.)

steht sich der Kenntnis, ob es schon zu einer vollständig beschließenden Entscheidung gekommen ist; jedenfalls dürfte aber vor dem Zusammentritt des Landtages am 28. Oktober erfolgen.

Verzicht auf den Wirtschaftskrieg.

Graf, 19. Okt. Wie aus Paris gemeldet wird, habe das französische Kabinett einem Vorschlag Wilsons zugestimmt, der den Verzicht auf jeden Wirtschaftskrieg fordere.

Clemenceau, der Befreier der Menschheit.

Genf, 19. Okt. In der neu eröffneten französischen Kammer hat Clemenceau eine Erklärung ab, in der er sagte: „Die Schlacht dauert an. Wir wollen die Räumung aller unserer Städte und Ortschaften, die Befreiung Frankreichs und die Befreiung der Menschheit.“ Clemenceaus Worte: „Der Krieg wird fortgesetzt“, bekräftigten nur die erprobten Regierungsanhänger. Clemenceau suchte durch die Verleumdung: „Nachschuß liegt uns fern“, den Beifall der Linken zu gewinnen, aber der Eindruck wurde durch die drohende Bedröhung abgemindert, mit der der Redner die Worte bekräftigte: Wir beanspruchen volle Bürgschaften gegen das Barbarentum.

Gegen den Dreck der Schprelle auf Wilson.

Bern, 19. Okt. Das verspätet eingetragene Pariser Journal du Peuple nimmt sehr energisch Stellung gegen die Dreck in der Entente, die auf Wilson einen Druck ausüben möchte, seine Bedingungen zu verschärfen. Wenn es Wilson gelinge, seine Stellung unbeeinträchtigt von den Imperialisten und Nationalisten zu behaupten, habe er nicht nur das Verdienst, die Menschheit gerettet zu haben, die vom Untergang infolge Erschöpfung bedroht sei, sondern auch deren Wiederherstellung ermöglicht zu haben.

Angebotliche Richtungslinien der Entente.

Genf, 19. Okt. Der „Temo“ behauptet, die Entente lehne die Waffenstillstandsbedingung ab, dagegen wolle sie in der Friedensfrage mit sich reden lassen. Es komme dabei weniger auf die Revision des Versailler Friedens als auf die Erfüllung der drei neuen Forderungen Wilsons an.

Wichtige Versämler Beratungen.

Bern, 19. Okt. Nach Londoner Meldungen ist Lord George nicht seinen Kabinettskollegen nach Versailles abgereist, wo wichtige Beratungen stattfinden sollen.

Zufriedenheit des alliierten Kriegsrates.

Genf, 19. Okt. Nach dem „Daily Telegraph“ hat sich der Kriegsrat der Alliierten in seiner letzten Sitzung als zufrieden erklärt für alle Fragen des Friedens und des Waffenstillstandes. Er hat seine neue Tätigkeit mit der Beratung der Wilsonschen Forderungen begonnen.

Unzureichende Kräfte der Deutschen.

Genf, 19. Okt. Im Pariser Tageblatt „Oui“ steht Oberst Jahn dar, daß die Verletzung der deutschen Verteidigungsregeln mit außerordentlicher Geschwindigkeit und lästiger Distanz durchgeführt wird. Dies müsse sich die Entente gegenwärtig halten. Deutschland sei in der Lage, den eigenen Boden mit ausreichenden Kräften zu schützen.

Der moralische Halt des deutschen Heeres.

Genf, 19. Okt. Der Kriegsreporter Vargini des „Corriere della Sera“ berichtet von der Front über die Ordnung und Geschwindigkeit, mit der die deutschen Truppen ihre Rückzugsbewegungen durchführen. Das deutsche Heer sei keineswegs auf der Flucht, sein moralischer Zusammenhalt sei noch stark und könne sich auf neue bis zum äußersten steigern. Die ausgewählten Truppen, denen die Maschinenwaffe anvertraut sind, kämpfen mit unverwundeter Energie.

Das belgische Königspar in Ostende.

Genf, 19. Okt. Der König der Belgier ist in der Verletzung von Ostende nach der Räumung Ostendes durch die Deutschen nach dort abgereist.

Ungarn völlig unabhängig.

Budapest, 19. Okt. Wie verlautet, wird demnächst ein wichtiges Manifest an das ungarische Volk erscheinen, in dem die Personalunion und die Unabhängigkeit der ungarischen Nation verkündet wird. Ungarn wird unter dem Kaiser König Karl ein vollständig unabhängiger Staat mit eigener Armee, selbstständigen wirtschaftlichen Einrichtungen und eigener diplomatischer Vertretung bilden.

Verlobung im österreichischen Kaiserhause.

Wien, 19. Okt. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, steht die Verlobung der Prinzessin Sophie Hohenberg, der einzigen Tochter des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, mit dem Prinzen der Kaiserin Jila, dem Prinzen René von Parma, fest.

Blutige Straßenkämpfe in Sofia.

Wien, 19. Okt. In Sofia fanden in den letzten Tagen blutige Straßenkämpfe mit Anhängern der bulgarischen Ideen statt, wobei etwa 3000 Personen ums Leben gekommen sein sollen.

Verbotener Kongress der „unterdrückten Nationalitäten“.

Wien, 19. Okt. Eine Meldung aus Frankreich besagt, daß die Tagung des Kongresses der „unterdrückten Nationalitäten“, der in Paris zusammenzutreten sollte, auf Verlangen der amerikanischen Regierung verboten wurde. Amerika erklärte, daß solche Beratungen im gegenwärtigen Augenblick nicht opportun seien.

Holland soll Gebiet abtreten.

Genf, 19. Okt. Aus dem Haag liegt hier eine Privatmeldung vor, die besagt, die Entente beantrage von Holland ein Gebiet von 600 Quadratkilometer zugunsten Belgiens, nämlich auf das südliche Scheldeufer von Antwerpen bis zur See. Dasselbe soll Holland die Unantastbarkeit seiner Kolonien gesichert erhalten.

Kontrollen an der Arbeit.

Genf, 19. Okt. Auf dem Kongress der amerikanischen Zeitungsverleger in London teilte Northcliffe mit, daß die amerikanischen Zeitungsverleger mit einem englischen Blätterkongress vereinigt hätten, um eine Liga der freien Zeitungen zu gründen, die nach dem Kriege eine ausgeglichene, unparteiische Richtung vertreten und gegen die Gefahren einer künftigen deutschen Invasion auf allen Gebieten arbeiten soll.

Wilson's Friedensvermittlung 1917.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. Eine dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nahestehende Persönlichkeit macht der Frf. Sta. folgende Mitteilungen.

In den auf die Senatssitzung vom 22. Januar folgenden Tagen ließ Wilson dem Grafen Bernstorff durch einen Vertrauensmann sagen, der Präsident wolle sich erneut bemühen, den Frieden auszuhandeln zu bringen. Für diesen Zweck werde es ihm von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs, das hierüber berichtete, ging am 28. Januar in Berlin ein. Damals war der uneingeschränkte Unterseebootkrieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für seinen Beginn im Februar festgesetzt. Wilson waren geantwortet auf den 1. Februar festgesetzten Beginn waren geantwortet. Ein Gegenbeispiel wäre eine technische Unmöglichkeit gewesen. Graf Bernstorff, der, als er sein Telegramm abgab, bereits im Besitz der am 31. Januar abzugehenden Note wegen der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges war und abgeben hatte, diese Note, auf

Grund der Mitteilungen des Wilsonschen Vertrauensmannes einstweilen zurückhalten zu dürfen, wurde in umgehender Beantwortung seines Telegramms hiervon verständigt und beauftragt, der amerikanischen Regierung bei der Übergabe der Note zu sagen, daß die deutsche Regierung die Absicht Wilsons auf das wärmste begrüße und zur Förderung dieser Absicht ihre Friedensbedingungen dem Präsidenten zur eigenen persönlichen Information bekanntgebe. Das Friedensprogramm, das für die von den Mittelmächten am 12. Dezember 1916 vorgeschlagenen Verhandlungen aufgestellt war, wurde zu diesem Zweck in dem Telegramm an den Grafen Bernstorff eingehend entwickelt. Graf Bernstorff wurde ferner beauftragt, dem Präsidenten Wilson zu sagen, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg, da Unterseeboote mit ihrer neuen Konstruktion auf dem Wege und größtenteils auch drachlos nicht erreichbar seien, aus technischen Gründen nicht abgebrochen werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des Unterseebootkrieges zu geben, sobald es den Vermittlungen des Präsidenten Wilson gelungen sei, eine erfolgversprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern. Die amerikanische Regierung hat trotz dieser Eröffnung die Mitteilung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet.

Die Zufahrt führt weiter aus, daß unser Friedensschritt vom 12. Dezember 1916 nicht mit Wilson vereinbart war. Wilson habe keinen Anlaß gehabt, sich verlegt zu fühlen, weil die Mittelmächte in ihrem Bestreben, möglichst bald zum Frieden zu kommen, nicht ausschließlich auf eine immer noch ungewisse und trotz gelegentlicher Anknüpfung ungewiß gebliebene amerikanische Vermittlung warteten, sondern in dem ihnen geeignet erscheinenden Augenblicke selbständig voringe. Zum Schluß wird die Behauptung als unzutreffend bezeichnet, die Reichsregierung habe Wilson dauernd um Friedensvermittlung gebeten und habe ihm dann, als er ihrer Bitte nachgegeben, plötzlich mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ins Gesicht geschlagen. Wilsons Friedensaktion ging selbständig neben der Friedensaktion der Zentralmächte einher.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Gemeinnütziger Kleinwohnungsplan in Brandenburg.** Unter der Bezeichnung „Wohnungsfürsorgengesellschaft Märkische Heimstätte m. b. H.“ wird vom Landesdirektor der Provinz Brandenburg eine Gesellschaft zur Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus für die minderbemittelte städtische und industrielle Bevölkerung gegründet, die alle auf diesen Gebieten liegenden Bestrebungen für den Bereich der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin zusammenfassen soll. Während der Staat keine Beteiligung mit einer Einlage in Höhe von 4 bis 1/2 des Gesamtkapitals zugelegt hat, ist von der Provinzialverwaltung von Brandenburg vorbestimmt der Beschlußfassung des Provinziallandtags eine Einlage bis zu 3500000 Mark in Aussicht genommen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg wird sich gleichfalls beteiligen.

* **Arbeitslosigkeit im schlesischen Tabakgewerbe.** Die Beschlagnahme der Tabaksorte hat eine Anzahl schlesischer Tabak-, Jagar- und Zigarettenfabriken zur Schließung oder Einschränkung ihrer Betriebe gezwungen. Naturgemäß werden dadurch zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos. Dem Bernehmen nach sind Maßnahmen im Gange, die hier in Betracht kommenden Arbeitskräfte anderen Industrien zu zuführen.

Aus Rab und Fern.

Herborn, den 21. Oktober 1918.

* **Unflinige Gerichte.** Wieder einmal wird aus der Reichshauptstadt ein unfliniges Gericht ins ganze Land verschleppt, daß nämlich Ärzte geduldet haben sollen, daß es sich bei den zahlreichen Influenza-Erkrankungen, die nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gegenwärtig auftreten, um Lungenpest handelt. Natürlich ist nicht daran zu denken. Wenn es sich um Lungenpest handelte, würde man von vielen Todesfällen von Ärzten und Pflegepersonal hören, die bei der großen Ansteckungsfähigkeit dieser Krankheit in erster Linie gefährdet sind. Solche Todesfälle sind nicht vorgekommen. Außerdem ist die Sterblichkeit an Lungenpest viel größer als bei der Influenza, so bedauerlich auch die große Zahl der Todesfälle an Lungenentzündung ist. Gegen das Vorhandensein der Lungenpest spricht auch der Umstand, daß gar kein Fall von Venenpest beobachtet ist, die mit der Lungenpest gleichzeitig aufzutreten pflegt, oder ihr vorangeht. Auch hat man kein Massensterben der Ratten, die den Erreger der Pestkrankungen beherbergen und auf den Menschen übertragen, beobachtet. Dies pflegt stets der Pest voranzugehen. Außerdem hätte unsere gewissenhafte Medizinverwaltung sich nicht scheut, nach den Vorschriften der internationalen Bestimmungen von dem Auftreten der Pest amtlich Kenntnis zu geben und die geeigneten Maßnahmen zu treffen, wie sie sich auch nicht scheut hat, von den wenigen Cholerafällen, die vor drei Wochen in Berlin aufgetreten sind, amtlich Mitteilung zu machen. Zu allem das glücklicherweise festgestellt werden, daß sich fast überall im Reich, wo die Krankheit bereits aufgetreten ist, eine Abnahme der Erkrankungsfälle bemerkbar macht, wenngleich von einem Erlischen nicht gesprochen werden kann, da noch immer neue Orte von der Krankheit heimgesucht werden.

* **Villenburg, 21. Okt.** Unterhalb des hiesigen Bahnhofes fuhr gestern früh ein von Bechdorf einlaufender Güterzug auf einen in der hiesigen Station haltenden Güterzug auf. Von beiden Zügen entgleiten die Wagen, beide Maschinen legten sich auf die Seite und eine Anzahl Wagen lagen untereinander. Das Unglück geschah dadurch, daß der einfahrende Güterzug eine Weiche aufschnitt. Vom Fahrpersonal ist niemand verletzt. Der Personenverkehr wurde durch Umleiten der Züge auf ein Nebengleise aufrecht erhalten.

* **Weglar, 20. Okt.** Wegen Kohlenmangels mußte das Gas von Samstag abends bis Sonntag vormittag 10 1/2 Uhr, von Sonntag nachmittag 1-6 Uhr und von Sonntag abends 10 Uhr bis Montag früh abgesperrt werden.

* **Limburg.** Die auf der Lahnbrücke stehende St. Nepomuk-Statue, ein Bildwerk des 14. Jahrhunderts, wurde in der Nacht zum Samstag von Subelhänden erheblich beschädigt. Auf die Ermittlung der Täter setzte die Stadtverwaltung eine Belohnung von 200 Mark aus.

— Das Schöffengericht hatte den Maler Johann Pfeiffer aus Dauborn wegen Geheimhaltungen zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Pfeiffer erhob hiergegen Einspruch und hatte nun die zweifelhafte Genugtuung, daß ihm die Strafkammer die Geldstrafe auf 800 Mark herabsetzte, ihm dazu aber noch fünf Wochen Gefängnis auferlegte.

Frankfurt a. M. Die Stadtverwaltung hat durch ihre Beteiligung an der Milchversorgung der Bürgerschaft bis zum 31. März 1918 einen Verlust von 5342486 Mark erlitten. Der Verlust ist in erster Linie auf das System der Einstellwirtschaft von Kühen bei Landwirten zurückzuführen. Infolgedessen ist man zum Abbau dieses Verfahrens übergegangen und hat dafür die Zuschußwirtschaft zur Einführung gebracht, die bisher recht befriedigende Ergebnisse zeitigte. Wenn auch dieses Wirtschaftssystem erhebliche Kosten verursacht, namentlich in der Beschaffung der sehr teuren Futtermittel, so liefert es doch eine an Güte und Menge ausgezehmtere Milch, als dies beim Einstellverfahren der Fall war.

Wiesbaden. Die Spitzenmanufaktur Louis Franke sandte Freitag abend einen Knaben mit dem Auftrag nach der Post, um hier zwei Wertpakete, die echte Krügen und kostbare Spitzen bargen, abzuholen. Auf dem Heimweg wurde der Junge von einem fremden Manne angehalten, der ihn um Besorgung eines Briefes bat. Der Junge erfüllte die Bitte und handigte natürlich dem Manne die Pakete für die Dauer der Briefbesorgung aus. Als das Kind zurückkehrte, war der Schwindler selbstverständlich mit den Paketen verschwunden. Die Spitzen hatten einen Wert von 24000 Mark. — Einen kleinen Laufflug sollte man zur Besorgung derartig wertvoller Pakete nicht allein ausschicken!

Mainz. Von der Hochzeit in den Tod ging hier ein junges Paar. Vor einer Woche heiratete ein Eisenbahn-Assistent und machte im Anschluß an die Trauung mit seiner Frau eine kleine Reise. Am Tage der Heimkehr erkrankte das Paar an der Grippe. Im hiesigen Krankenhaus ist es nach zwei Tagen zugleich gestorben.

Berlin, 20. Oktober. Die Kronprinzessin und die beiden jüngsten Kinder des Kronprinzenpaares sind an der Grippe erkrankt.

Berlin, 20. Oktober. Grippe beim Postpersonal. Die Abwicklung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs in Berlin leidet stark unter den Massenerkrankungen des Personals an Grippe. Allein beim Briefpostamt (Königsstraße) sind 601, beim Haupttelegraphenamt 531 Personen daran erkrankt.

* **Die Verlängerung der Zeichnungsfrist für die 9. Kriegsanleihe** wurde jetzt wie folgt amtlich bekanntgegeben: Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe ist um vierzehn Tage, d. h. bis einschließlich 8. November verlängert worden. Die Zeichnungs- und Vermittlungsstellen werden vom Reichsbankdirektorium mit näheren Anweisungen versehen werden.

* **Übermäßiges Handgepäck auf der Eisenbahn.** Handgepäck wird häufig in zu großem Umfang in den Personenwagen der Eisenbahn mitgeführt. In den Personenwagen darf Handgepäck nur über oder unter dem Sitz des Reisenden untergebracht werden. In die vierte Wagenklasse darf eine Traglast mitgenommen werden. Das Belegen von unbesetzten Sitzplätzen mit Gepäck, das Unterbringen in anderen Abteilen oder in den Gängen der Durchgangswagen, das Verperren der Türen ist unbedingt verboten. In der vierten Wagenklasse dürfen Sitzplätze überhaupt nicht belegt werden.

* **Die Grippe.** Am Schluß voriger Woche war die Grippe überall in Deutschland noch in der Ausbreitung begriffen. In Berlin blieb die Anzahl der täglichen Erkrankungen mit etwa 1500 bei den Ortskrankenkassen stehen. Weitere Schulen wurden geschlossen. — In Breslau trat infolge der Grippe für vierzehn Tage eine tägliche mehrstündige Gasverrie ein. — Aus Radeburg wird das Wiederauftreten der tödlichen Krankheit gemeldet. Bei den Krankenkassen werden täglich an hundert Fälle gemeldet. Wie überall, ist der Verlauf diesmal gefährlicher, so daß vorbeugende Maßnahmen dringlich empfohlen werden. — Die Grippeerkrankungen in München sind bereits bei der Ziffer 30000 angelangt. Die Münchener Volksschulen werden vorläufig auf acht Tage geschlossen. — Wegen der Ausbreitung der Grippe verfügte das Bezirksamt in Mannheim die Schließung aller Schulen und verbot bis auf weiteres alle Theater- und Konzertaufführungen sowie Versammlungen. — Nach Mitteilungen des Wiener Stadtschulraths, die sich auf die Wahrnehmungen der Ärzte und Apotheker stützen, ist ein Abflauen der Grippe in Wien zu konstatieren. — Mit Rücksicht auf die Grippe werden in Budapest sämtliche Theater, Kinos und Vergnügungsorte vom 21. Oktober bis 4. November geschlossen. Kaffees und Gasthäuser werden um 10 Uhr abends geschlossen. — Den französischen Zeitungen zufolge nimmt die Grippe in ganz Frankreich außerordentlich zu. In Paris wurden für die letzte Woche 700 Todesfälle an Grippe gemeldet.

* **Keine Bucheckern essen.** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Genuß von gesunden Bucheckern für Erwachsene wohl unbedenklich ist, bei Kindern aber nach dem Genuß größerer Mengen von Bucheckern gesundheitschädliche Wirkungen, Erbrechen, Rötte, Halsentzündungen, Schwindel, Atembeschwerden usw. entstehen. Der schädliche Stoff ist hauptsächlich in der Haut enthalten, die der von der braunen Hülle befreiten Kern umgibt.

* **Kartellierung in der Filmindustrie.** Die Vereinigung deutscher Filmfabrikanten und der Schutzverband der Filmfabrikanten Deutschlands haben sich unter dem Namen „Vereinigte Verbände der deutschen Filmindustrie“ zu einem Kartell zusammengeschlossen, dessen Leitung Regierungsrat Professor Dr. Reibig übernommen hat. Zum Geschäftsbereich des Kartells gehört insbesondere die Rohfilmfrage.

* **Notgeld in Frankfurt a. M.** Die Frankfurter Stadtverwaltung beabsichtigt, Notgeld in Scheinen von 50 Pfennig bis 20 Mark im Gesamtbetrag von etwa 18 Millionen Mark auszugeben.

* **Fünf Millionen Eier.** Die Stadt Essen hat über fünf Millionen Eier eingelegt, um die Versorgung der Bevölkerung während des Winters sicherzustellen.

* **Sicheres Lockmittel.** In einem Dobrillinger Blatt zeigt ein Schuhmachermeister an, daß er demjenigen, der ihm den Dieb seiner Nähen nachweist, ein Paar Stiefel oder Schuhe umsonst besohlen werde. Dieses rechtzeitige Informat dürfte wohl keine Wirkung nicht verschleimen.

* **Wegen weiterer fleischlose Wochen** hat der Rat der Stadt Leipzig beim sächsischen Landeslebensmittellamt Vorstellung erhoben. Die Einrichtung der fleischlosen Wochen benehmerliche wesentlich gerade die Großstädte, wo scharfe Verteilung und Überwachung erfolgen, während kleinere Städte und ländliche Bezirke mit ihrer geringeren Organisationsmöglichkeit und der dort überwiegend bestehenden Selbstversorgung von der Maßnahme nur wenig oder gar nicht berührt würden.

● **Vulkanbruch auf Island.** „Berlingske Tidende“ berichtet aus Reykjavik: Der zweitgrößte Vulkan auf Island, Katla, hatte nach 60 bis 70jähriger Ruhe einen gewaltigen Ausbruch. Von Reykjavik kann man oben über dem Vulkan Rauch und Feuer sehen. Alle Flüsse des Nordalglafers sind angeschwollen und führen schotendes Wasser und Sandmassen ins Meer. Die Bevölkerung der Nordalglafers befürchtet, Flutwellen würden die Mehrzahl der Häuser an der flachen Sandküste wegspülen. Große Eisberge haben sich von den Gletschern losgerissen und sind ins Meer gestürzt. Der Vulkan Katla liegt im östlichen Teil des Nordalglafers, etwa 180 Kilometer Luftlinie von Reykjavik.

● **Großfürstin Elisabeth Romanow in Stockholm.** Die Witwe des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch, Großfürstin Elisabeth Romanow, ist mit Sohn und Tochter in Stockholm eingetroffen und hat als Gast des schwedischen Königspaares im Schlosse Wohnung genommen. Die Sowjetregierung hatte ihr die Erlaubnis zum Verlassen Russlands erteilt.

● **Die Explosion in Venissieux** hat grauenhafte Verwüstungen angerichtet. Ein großes französisches Granatlager ist in die Luft geflogen. In den benachbarten Fabriken und Werkstätten sind alle Scheiben zerbrochen, die Beleuchtung unterbrochen. Die Feuerbrunst dauert noch fort, ebenso die Explosionen. Es ist unmöglich, den entstandenen Schaden genau zu berechnen, doch dürfte er sich auf Millionen belaufen. In Venissieux und in St. Fons wurde die Bevölkerung fortgeschafft.

Japan auf dem Weltmarkt.

Englands und Amerikas neuer Wettbewerber.

Das Wachstum der japanischen Industrien und die sich von Tag zu Tag verstärkende japanische Konkurrenz wird nicht nur in den Vielverbandsstaaten, sondern auch bei den Neutralen mit Besorgnis wahrgenommen. Die „Londoner Financial News“ veröffentlicht einen Artikel über den Wiederaufbau von Industrie und Handel nach dem Kriege, der sich besonders mit dem ungeheuren Aufschwung der japanischen Industrie nach der Ausschaltung Deutschlands auf dem Weltmarkt befaßt. Wie dort ausgeführt wird, kommen Japan für die Entwicklung seiner Industrien vor allem seine Nachahmungsfähigkeit und billigen Arbeitskräfte zu Gute. Während des Krieges seien z. B. japanische Uhren nach China, Indien, den Südpazifik, den Sträßen Seilens und sogar nach Großbritannien, Frankreich und Italien gegangen; augenblicklich herrsche Mangel an Uhrfedern, da in verschiedenen Ländern die Ausfuhr von Stahl verboten sei; wie man höre, verfertigen die japanischen Uhrmacher deshalb die Uhren zunächst ohne Federn und nähmen sie bis zum Wiedereintreffen von Federn auf Lager.

Diese englisch-amerikanische Meldung ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt, wie sehr die Industrien der überseeischen Länder durch die Selbstzerfleischung der europäischen Völker gestärkt worden sind. So erscheinen in der japanischen Ausfuhr Waren, die das Land des Mikado früher aus Europa bezog, beispielsweise Nadeln, Emaillewaren, Fensterglas, Uhren, elektrische Lampen, Füllfederhalter und dergleichen. Soweit sich die japanische Konkurrenz gegen die Kriegführenden, vor allem gegen England und Amerika richtet, ist allerdings zu erwarten, daß nach dem Kriege ein Teil dieser japanischen Absatzgebiete wieder verlorengehen wird. Die europäischen Neutralen werden aber auch in Zukunft unter der japanischen Konkurrenz sehr zu leiden haben. So wird, um ein Beispiel unter vielen anzuführen, es der schweizerischen Uhrenindustrie, die bisher den Weltmarkt beherrschte, nicht gleichgültig sein, daß, wie die „Financial News“ betont, japanische Uhren sich ein breites Absatzgebiet erobern haben.

Es wird ja überhaupt eine der schwerwiegendsten, wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges sein, daß die bisher industriell wenig entwickelten überseeischen Gebiete während des Krieges daran gegangen sind, eigene Industrien zu entwickeln; weil ihre Warenbezüge aus Europa unterbunden wurden. Schon jetzt klagen englische Fachblätter darüber, daß in China, Südafrika und Australien ganze Industrien entstanden sind, daß diese Länder jetzt Waren und Fabrikate erzeugen, die sie vor dem Kriege aus Europa bezogen. Dazu kommt, daß die Japaner sich erfolgreich bemühen, früher von England gelieferte Waren auch nach Südafrika einzuführen. Diese Einfuhr geht nördlich bis nach Rhodesien. Insbesondere erhält jetzt Südafrika aus Japan Baumwollwaren, und zwar hauptsächlich wegen der Schwierigkeiten, denen die Ausfuhrung südafrikanischer Aufträge in Vancalbiere begegnet. Ferner beziehen südafrikanische Firmen, die aus Sheffield nichts erhalten können, jetzt die früher von dort bezogenen Messerschmiedewaren, Steinzeug und Porzellan aus Japan. Zahlreiche andere Handelszweige Englands werden in ähnlicher Weise betroffen.

Während also England und Amerika sich in schönem Wettstreit bemühen haben, Deutschlands Industrie- und Handelswettbewerb zu vernichten, hat sich in aller Stille Japan als neuer Wettbewerber eingestellt. Soll er nun auch erschlagen werden?

Letzte Nachrichten.

Neue Änderungen in der deutschen Note an Wilson.

Berlin, 21. Okt. (All) Die deutsche Antwortnote an Wilson ist auch gestern noch nicht abgesandt worden. Es wurden nochmals Änderungen vorgenommen, durch die neue Verzögerungen entstanden sind. Die Note soll, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, im Laufe des heutigen Tages, wenn nicht wiederum neue Dispositionen getroffen werden, abgeschickt und auch veröffentlicht werden.

Gestern nachmittag 1 Uhr machte Vizekanzler von Bahr dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten Mitteilungen über die Note. Da der Wortlaut noch nicht endgültig feststand, so teilte Herr von Bahr lediglich die Grundzüge mit. Um 12 Uhr hielt Herr von Bahr eine Besprechung mit den Führern sämtlicher Parteien des Reichstags ab. Auch sie konnte der Vizekanzler nur über die wesentlichen Punkte der deutschen Antwort informieren. Gestern Abend trat das Kriegskabinet noch einmal zu einer Sitzung zusammen, um die letzte Hand an die Note zu legen. Ein Zusammenhang zwischen der Veröffentlichung der deutschen Antwortnote und der gestern hier bekannt gewordenen Note Wilsons an Österreich-Ungarn soll, wie die „Voss. Stg.“ hört, nicht bestehen.

Berlin, 21. Okt. (All) Entgegen anders lautenden Nachrichten wird dem „Voss. Stg.“ mitgeteilt, daß die Antwort der deutschen Regierung gestern spät abends nach der Schweiz abgegangen sei.

Der Inhalt der Note.

Berlin, 21. Okt. (All) Der „Vorwärts“ schreibt: Es steht fest, daß die Note entgegenkommend lautet und eine völlige Sinnesänderung der leitenden Stellen gegenüber früheren Zeiten zeigen wird. Auf die Beschwerden des Präsidenten Wilson wird in sachlicher Weise eingegangen. Über die inneren Reformen des Reiches wird freimütig gesprochen werden. So wird der neue Schritt der deutschen Regierung für diejenigen jenseits der Grenzen, die für einen Frieden der Versöhnung eintreten und die nationalstatischen Bestrebungen bekämpfen, eine wesentliche Erleichterung ihrer schweren Aufgabe bringen. Bei den Friedensverhandlungen dürfte die ruhige Erwägung und die Einsicht in die Unmöglichkeit, Deutschland dauernd wehrlos zu machen, eine größere Rolle spielen, als das heftige Geschrei der chauvinistischen Presse, und dann wird, wenn er will, Wilsons Stunde gekommen sein.

Große politische Debatte im Reichstag.

Berlin, 21. Okt. (All) Die Reichstagsitzung am Dienstag wird, wie das „Berl. Tagebl.“ hört, mit einer Rede des Reichskanzlers eröffnet werden, die an die letzte Note an Wilson anknüpfen wird. Daran wird sich dann die allgemeine politische Aussprache anschließen.

Die Zukunft Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 21. Okt. (All) Am Montag werden im niederösterreichischen Landtage die Vertreter der Deutsch-Oesterreicher über die Zukunft ihrer Nation einen Entschluß von hoher historischer Bedeutung fassen. Ein Teil der Deutsch-Oesterreicher spricht schon jetzt offen aus, daß sie den Anschluß an das Deutsche Reich suchen wollen, wenn die Slaven einen neuen Zusammenschluß Oesterreichs ablehnen. Eine Proklamation an das deutsche Volk Oesterreichs ist bis auf einige Einzelheiten fertiggestellt. Abends wird die Proklamation zur Veröffentlichung gelangen. Sie dürfte folgende Punkte enthalten:

1. Deutsch-Oesterreich muß frei und unabhängig sein.
2. Selbständig und unabhängig wird es über seine Regierungsform entscheiden.
3. Als freier unabhängiger Staat wird es auf der Friedenskonferenz durch selbstgewählte Gesandte vertreten sein.
4. In voller Freiheit wird es darüber entscheiden, mit welchen Verträgen oder Bundesverhältnissen es zu anderen Staaten oder Völkern treten soll.
5. Zur Bildung einer legalen Vertretung sind Neuwahlen auszuschreiben.
6. Es muß ein Nationalrat festgesetzt werden, dem die Abgrenzungsverhandlungen obliegen und der für eine Vertretung auf der Friedenskonferenz Sorge trägt.
7. Auseinandersetzungen über die Reichsfinanzen und die Fragen des alten Oesterreich erfolgen durch eine Reichsvertretung.

Beatys Voraussicht einer Seeschlacht.

Kopenhagen, 21. Okt. (All) „Manchester Guardian“ erzählt, daß Admiral Beaty kürzlich auf die Frage, ob er glaube, daß es mit der deutschen Flotte zum Kampfe kommen werde, geantwortet habe: Selbstverständlich wird die deutsche Flotte hinausgehen, um zu kämpfen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Die heutige Holzversteigerung wird nicht genehmigt.

Herborn, den 21. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkenhöl.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden

Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Landesbankstelle (Zweigstelle) Herborn. Fernruf 234.

Reichsbankgironummer. Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 608.

Mündelsichere Anlagen

In Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung.

Sonstige Geschäftszweige

Verwaltung u. Verwaltung von Wertpapieren (offene u. geschlossene Depots), Vermietung verschlossener Schrankkassen, An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Kassen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt

Behördliches Institut der Bezirksverbände des Reg.-Bez. Wiesbaden und Cassel
Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Wiesbaden, Rheinstraße 44.

Bucheckernsammlung.

Dem Unterzeichneten ist die Leitung einer

Einkaufsstelle für Bucheckern

übertragen worden. Schulen und Private aus den Orten Herborn, Herbornseelbach, Amdorf, Burg, Ufersdorf, und Merkenbach können an jedem Wochentage, vormittags von 11–12 Uhr die Bucheckern in der hiesigen Volksschule abliefern. Das Kilogramm verwendbarer Bucheckern wird mit 1,65 Mk. bezahlt. Außerdem erhält der Abgeber einen Delbezugschein oder einen Schlagchein. Auf den Delbezugschein kann er sich 6% des an den Ortseinkäufer abgelieferten Gewichtes der Bucheckern an Speiseöl zum festgesetzten Preis bei der Kreisölverteilungsstelle kaufen. Auf den Schlagchein kann er ebensoviel Bucheckern schlagen lassen, als abgeliefert hat.

Die abzuliefernden Bucheckern müssen von allen Beimengungen gereinigt, voll entwickelt und gesund sein; sie können waldfrisch, müssen aber an der Oberfläche gut getrocknet sein.

Rektor Schumann.

Auf die

9. Kriegsanleihe

nehmen Zeichnungen kostenfrei entgegen und falls Sparkassengelder zur Zeichnung verwendet werden sollen, verzichten wir auf Einhaltung der Kündigungsfrist, wenn Zeichnung bei uns erfolgt.

Volksbank zu Herborn,
E. G. m. u. H.

Nur für Wiederverkäufer offerierte ich

Cylinder, Lampenglocken Stehvasen, Sturmlaternen
Albert Rosenthal in Nassau a. d. L.

Einige Mädchen

für die Druckerei gesucht.

J. M. Beck'sche Buch- u. Kunstdruckerei.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittlung.

J. Schwarz, Siegen,
Lengstraße 3. Telefon 381.

Braves

Alleinmädchen

für Küche und Haus gesucht.
Dr. Falk, Frankfurt a. M.
Comeniusstr. 12, I.

Älteres, zuverlässiges

Mädchen

in kleinen, landwirtschaftlichen Haushalt gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Landhaus

oder kleines Geschäftshaus in Herborn oder Umgebung zu mieten oder zu kaufen gesucht. Angebote unter A. 18 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten, worauf mündliche Aussprache erfolgen kann.

Eine

gute Ziege

zu verkaufen.
Fritz Carl, Schönbach.

Am Samstag wurde auf dem Weg nach Dillenburg ein Schlauch einer Radfahrpumpe verloren.

Wiederbringer erhält gute Belohnung.

Dörrbetrieb Herborn.

10 hochst. Rosen, feinste Sorten und 2 Sandsteinfiguren zu verkaufen.
Dillstr. 4.